

II-1615 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 18. Juni 1984

Stubenring 1

Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780

Auskunft

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Zl. IV-50.004/59-2/84

694 /AB

1984 -06- 19

zu 697 /J

Klappe

Durchwahl

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. HAFNER  
und Genossen an den Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz betreffend  
Überprüfung des Einsatzes von Fluor für  
medizinische Zwecke (Nr. 697/J)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen  
gestellt:

- "1. Wie beurteilen Sie die These einer steigenden gesundheitlichen Gefährdung durch eine steigende Fluoridierung?
2. Sind Ihnen neue Studien bekannt, die auf Gesundheitsgefährdungen durch Fluor hinweisen?
3. Wie beurteilen Sie den Vorwurf, daß die Fluortablettenaktion zu keiner signifikanten Verbesserung der Zahngesundheit geführt hat?
4. Welche Mittel hat der Bund für die Fluortablettenaktion bisher aufgewendet?
5. Wie beurteilen Sie die rechtliche Situation der Fluortablettenaktion, wo doch nach der Gesetzeslage weder die Eltern, noch die Sanitätsbeamten, noch die Schulbehörden befugt sind, Lehrer mit der medizinischen Behandlung der Kinder mit einem Medikament zu beauftragen?
6. Wie beurteilen Sie weiters den negativen erzieherischen Effekt dieser Aktion im Hinblick auf das Gesundheitsbewußtsein der Jugendlichen?

- 2 -

7. Werden Sie den Obersten Sanitätsrat neuerlich mit dem Problem des Einsatzes von Fluor für medizinische Zwecke befassen?
8. Welche Auswirkungen auf die Umweltsituation hat eine steigende Fluoridierung?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1):

Vereinzelt vorgebrachte Behauptungen der in der Präambel zitierten Art stehen eindeutig in Widerspruch zu den weltweit - insbesondere auch im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation - anerkannten Erkenntnissen und Erfahrungen der medizinischen Wissenschaft, welche eindeutig die hohe Wirksamkeit und völlige Unschädlichkeit von Fluoriden in der zur Kariesprophylaxe angewendeten richtigen Dosierung beweisen.

Zu 2):

Vereinzelte Studien aus den Vereinigten Staaten, die Gesundheitsgefährdungen, insbesondere einen Zusammenhang zwischen der Zahl an Krebserkrankungen und der Anwendung von Fluoriden behaupten, sind mir bekannt. Überprüfungen dieser Studien sowohl in Österreich als auch in den Vereinigten Staaten selbst haben ergeben - wie auch eine Rückfrage bei der obersten Gesundheitsbehörde der Vereinigten Staaten von Amerika bestätigte -, daß es sich um Behauptungen handelt, für die keine Anhaltspunkte bestehen.

- 3 -

Zu 3):

Derartigen vereinzelt vorgebrachten Behauptungen muß ich im Interesse der Verbesserung der Zahngesundheit der österreichischen Jugend mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Sowohl ausländische Studien als auch Studien in Österreich, die von Universitätskliniken und der Jugendzahnklinik in Wien durchgeführt wurden, ergaben einwandfrei, daß mit einer regelmäßigen Anwendung von Fluoridtabletten eine Verminderung des Kariesbefalls erreicht werden kann.

Zu 4):

Seitens des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz werden für die Fluoridtablettenaktion jährlich rund 1,9 Mio S aufgewendet.

Zu 5):

Wie bekannt, handelt es sich bei der Fluoridtablettenaktion nicht um eine "medizinische Behandlung der Kinder" durch Lehrer, sondern um die Abgabe eines zahnkariesverhütenden Mittels im Rahmen einer Aktion, an der sich Lehrer und Eltern auf freiwilliger Basis beteiligen. Die Lehrer, deren wertvolle Mithilfe ich in diesem Zusammenhang ausdrücklich anerkennen möchte, handeln dabei im Auftrag der Eltern, die mit der Teilnahme ihrer Kinder an dieser Aktion einverstanden sind.

Zu 6):

Vereinzelten Versuchen, der Fluoridtablettenaktion einen negativen erzieherischen Effekt zu unterstellen, muß ich entschieden entgegentreten.

- 4 -

Zu 7):

Nein.

Zu 8):

Die Verabreichung von Fluoridtabletten an Kinder und Jugendliche kann selbstredend keine Auswirkungen auf die Umweltsituation haben. Die Fragestellung erscheint mir daher unverständlich.

Der Bundesminister:

